

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Begründet 1826

Freitag den 9. Januar 1920

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Es wird diese Nummer dem Abonnenten, der Anzeigen überlassen hat, kostenfrei zugewandt, wenn er die gewöhnliche Stelle erheben. In Fällen von längerer Weils, welche kein Anzeigenschein vorliegt, wird die Zeitung aber auf Verlangen des Abonnenten für 1/2. Hälfte und für weitere Nummer übernommen.

Telegraphisch: Nagold
Postfach 5113

Bei dem zu jedem Verkauf...
In jeder Postanstalt und Buchhandlung

Preis: vierteljährlich hier mit Zustahlung M. 4.50
auswärts M. 4.80
einmal der Postgebühren.
Wann, nach Verhältnis.

Zugabe: Gesamt...
die empfindliche Stelle...
wöchentlich...
den Namen der...
der Einzahlung...
bei mehrmaliger...
nach...
Betriebs...
in der...
hin...

Nr. 6

Freitag den 9. Januar 1920

94. Jahrgang

Besprechung der süddeutschen Minister in Stuttgart über Wirtschaftsfragen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Am Dienstag land im Koningsgebäude eine Besprechung des Reichswirtschaftsministers Schmidt mit den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen über wirtschaftliche Fragen statt. Der Reichswirtschaftsminister hat dabei einen Ueberblick über die gesamte wirtschaftliche Lage. Seine Ausführungen bedien sich im allgemeinen mit dem, was von ihm auch schon an anderen Stellen, insbesondere in der Nationalversammlung, mitgeteilt worden ist. In den Ernährungsfragen wurde von den süddeutschen Regierungen vor allem Auskunft über den Stand unserer Getreide- und Brotversorgung verlangt. Entgegen den harten Befürchtungen, die von verschiedenen Seiten ausgesprochen wurden, glaubt der Reichswirtschaftsminister, daß zunächst die Wirkung der eben erst in Kraft getretenen Getreidebeschränkungen abgewartet werden müsse, ehe ein endgültiges Urteil gefällt werden könne. Zu übertriebenen Befürchtungen liege trotz des Ernieders der Lage kein Grund vor. Jege es sich, was aber allen Erfahrungen widerspreche, daß die Getreidebeschränkungen nicht die erhoffte Wirkung haben, so werde das Reichswirtschaftsministerium rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen treffen, wobei in erster Linie die Herabsetzung der Ration und die Erhöhung des Ausmaßes, daneben aber auch in den möglichen Grenzen eine Steigerung der Einfuhr in Betracht käme. Der Reichswirtschaftsminister sicherte den süddeutschen Ländern volle Gleichberechtigung in der Versorgung seitens der Reichsstellen zu, erbot sich aber andererseits auch die reichhaltige Mitwirkung der Regierungen der Länder bei der Erziehung der Vorräte.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen kam der Reichswirtschaftsminister auf die Hauptfragen der Wirtschaftspolitik zu sprechen, vor allem auf die Lage in der Textilindustrie, auf die Notwendigkeit der milden Preisregulierung und dem Schleichhandel auf dem Eisenmarkt energisch entgegenzutreten, auf die bedauerlichen Verhältnisse auf dem Häute- und Ledermarkt, die ein Eingreifen fordern, wenn auch eine Rückkehr zur eigentlichen Zwangsmaßnahme nicht mehr für möglich gehalten werden kann. In der Kohlenfrage führte der Reichswirtschaftsminister unter entsprechenden statistischen Angaben aus, daß die Klagen Süddeutschlands über Benachteiligung in der Kohlenbelieferung nicht begründet seien. Die Klagen über mangelhafte Kohlenbelieferung seien allgemein im ganzen Reich und angesichts des Ausfalls des Saargebietes und des Umstandes, daß die Produktion in den uns verbleibenden Kohlenfeldern die Friedensproduktion noch lange nicht erreicht habe, verständlich. Die Leistungen des einzelnen Bergarbeiters seien gering, nicht nur in dem Umfang, wie die Arbeitszeit geteilt werden sei, auch die Belegschaft habe die Friedensstärke noch nicht erreicht. Es mache Schwierigkeiten, Arbeiter für den Kohlenbergbau, namentlich für die Arbeiten unter Tage, zu erhalten, und noch mehr Schwierigkeiten, diese Arbeiter, insbesondere auch die große zufällige Zahl von weiteren Arbeitern, die infolge der Verkürzung der Arbeitszeit herangezogen werden müßten, unterzubringen; endlich lasse in den Bergbaubetrieben Ordnung und Unterordnung viel zu wünschen übrig. Die Reichsregierung werde diesen Problemen ihre volle Aufmerksamkeit zu. Es sei bereits gelungen, 30.000 weitere Arbeiter in Baracken unterzubringen; eine großartige Regelung der Wohnungs- und Unterbringungsverhältnisse der Bergarbeiter werde das Bergmannsheimstiftungsgebiet bringen. — Endlich kam der Reichswirtschaftsminister auf die schwebende Frage der Aus- und Einfuhr, insbesondere des Ausverkaufs Deutschlands, der, soweit dieses Schlagwort begründet sei, durch Verschärfung der Ausfuhrkontrolle und Preisprüfung durch Selbstverwaltungskörper begegnet werden soll, endlich kurz auf die Salinarfrage zu sprechen.

Die Beratungen wurden am Mittwoch in Einzelberatungen, getrennt nach Ernährungs- und Wirtschaftsfragen, fortgesetzt.

In der Ernährungsfrage wurde von Vertretern der süddeutschen Regierungen als eine der wichtigsten Fragen die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bereitstellung von Düngeemitteln bezeichnet. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sagte zu, daß er sich für möglichste Steigerung der Ration und Getreideproduktion einsetze werde. Sodann wurde von den Vertretern der süddeutschen Regierungen eine gerechte Verteilung der Ration aus den Beständen der Reichsgetreidekasse gewünscht. Nach der Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums wird die Aufstellung des Schlüssels zur Verteilung der Ration vom Reichsrat vorgenommen werden, wobei das Reichswirtschaftsministerium für die Erfüllung der Wünsche der süddeutschen Staaten einzutreten werde. Für die Hinaufsetzung des Preises für Blückerbrot konnte sich das Reichswirtschaftsministerium nicht erörtern, doch wird die Frage der Hinaufsetzung einer erneuten Prüfung

unterworfen werden. Der Reichswirtschaftsminister hat sich auch bereit erklärt, bei Festsetzung des neuen Wirtschaftsplans, die möglichst bald erfolgen solle, Vertreter der Länder zuzuziehen. Zur Besprechung kamen dann noch u. a. die Pläne für die Kartoffelablieferung und die Verwendung von Getreide bei selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden zur Brotstreckung.

In den Beratungen der schwebenden wirtschaftlichen Hauptfragen, denen der Reichswirtschaftsminister bis zum Schluß beizuhelfen, spielte die Kohlenfrage ihrer grundlegenden Bedeutung gemäß die Hauptrolle. Im Anschluß an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers wurden die Gründe für die mangelhafte Kohlenproduktion, die Mittel zur Hebung dieser Produktion und insbesondere die Wege, auf denen sich eine gerechtere und gleichmäßigere Verteilung der Kohlen auf sämtlichen Gebieten des Reichs ermittelbar läßt, eingehend besprochen und unter eingehender Darlegung der äußerst schwierigen und bedrohlichen Kohlenlage Süddeutschlands eine weitgehende Zugleichung der Landesgrenzen des Reichs im Hinblick auf die Verteilung der Industrie- und Hausbrandkohlen verlangt, auch eine Kontrolle der Wasserstrassen, die in ihrer ständig steigenden Höhe die süddeutsche Industrie in unerträglichem Umfange vorteilhaft, als notwendig bezeichnet. Da die Beförderungsfrage fortwährend eine ganz besondere wichtige Rolle spielt, wurde die Frage einer Wiederholung der Sperre des Personenzugverkehrs auf 10 bis 14 Tage, die rechtzeitig anzukündigen wäre, erörtert und die Forderung erhoben, daß der Personenverkehr an Sonntagen im ganzen Reich wie in Süddeutschland eingestellt wird. In Anwesenheit des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen wurden sodann Ein- und Ausfuhrfragen (Ein- und Ausfuhrkontrolle, Außenhandelsstellen, Ausfuhr, insbesondere Holz- und Eisenfuhr in das besetzte Gebiet, Ausverkauf Deutschlands usw.) besprochen.

Landeskonzferenz der württ. Sozialdemokratie.

Stuttgart, 7. Jan. Die württ. Sozialdemokratie hielt am Montag und Dienstag ihre Landeskonzferenz hier ab, auf der Abg. Keil über die politische Lage sprach. Er wies auf die heillosen schmerzlichen Aufgaben der Sozialdemokratie hin, die von der Geschichte dazu verurteilt sei, ein immer tiefer in den Abgrund hinabstürzende, einer ungeheuerlichen Verarmung überlieferter Volk vor dem beschleunigten Untergang zu retten. Daß eine starke Sozialdemokratie eine staatspolitische Notwendigkeit sei, sollten stets auch die beiden bürgerlichen Parteien im Auge behalten, die in der Regierung sitzen. Die Lage Deutschlands werde auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in absehbarer Zeit sich nicht bessern. In Jannern würden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunächst noch wachsen. Die wichtigste Aufgabe sei, die deutsche Industrie wieder auf ihre Höchstleistung zu bringen, damit sie wieder in großem Umfang auszuführen in der Lage sei. Sowohl mit einer Diktatur von rechts wie mit einer solchen von links werde das deutsche Wirtschaftsleben vollends zerschmettert. Da die Sozialisierung sich heute nicht radikal durchführen lasse, müsse auf dem Wege der Steuererleichterung die Vermögenskonzentration abgebaut werden und dazu seien bereits sehr kräftige Schritte getan. Die Ausfuhrfrage brachte im wesentlichen Übereinstimmung mit den Ausführungen des Redners, insbesondere in der Richtung, daß es Pflicht der Parteigenossen sei, nie die Schwierigkeiten außer acht zu lassen, die sich der Arbeit unserer Vertrauensleute in der Regierung entgegenstellen. Die Angelegenheit Salmann gab Veranlassung, den alten Parteigrundsatz, daß eigentliche Propagandaveranstaltungen für die Partei nicht zur Förderung von Parteigenossen benutzt werden sollen, nachdrücklich in Erinnerung zu bringen. In der Einigungsfrage ging die Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Redner dahin, daß eine Einigung, so erwünscht sie auch sein möchte, nur unter vollster Aufrichtigkeit der grundsätzlichen Auffassungen des Parteiprogramms, insbesondere des grundsätzlichen Bekenntnisses zur Demokratie, möglich sei, und daß nach dem Leipziger Parteitag der U. S. V. eine Einigung nicht mehr in Betracht kommen könne. Bezüglich der neuen Preiserhöhungen habe einigermassen beruhigend die Mitteilung gewirkt, daß nach dem Beschluß des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die neuen Preissteigerungen von den Unternehmern zu tragen, und daß die Verhandlungen über den notwendigen Ausgleich der Löhne im Gange seien. Die Fraktion der Nationalversammlung soll ersucht werden, auf die beschleunigte Befreiung der Militärpflicht zu dringen und ferner dafür einzutreten, daß sowohl im Reich wie in Württemberg die notwendige parlamentarische Kontrolle der Reichswehr ausgeübt wird. In einem Organisationsbericht von Redakteur Dreylich wurde betont, daß die Agitation unter den Intellektuellen, den Lehrern, Beamten und Angestellten aller Behörden und Kategorien nicht erlahmen dürfe. Für die von Partei wegen durchgeführte Bildungsarbeit lasse an bestimmten Orten auch das Interesse zu wünschen übrig.

Tages-Neuigkeiten.

Unsere wirtschaftliche Lage.

Die „Germania“ bespricht unsere wirtschaftliche Lage und sagt, es gebe nichts anderes als die Arbeit, die uns über den Berg helfen könne. Es müsse endlich die Einsicht dämmern, daß jeder für seinen Teil an dem schmerzlichen Schicksal unseres Vaterlandes mittragen müsse, nicht aus demselben Nutzen ziehen dürfe. Aus diesem Grunde seien alle Streikbewegungen in dieser Zeit zu verurteilen. Selbst wenn die Entwertung des Geldes die Revision der Löhne u. a. Schalter notwendig mache, sei eine gewisse Zurückhaltung notwendig.

Im „Vorwärts“ wird ausgeführt, daß der Industrie durch günstige Rohstoffbeschaffung Boden unter die Füße geschaffen werden könne. Das könne nur gelingen durch Organisation der Rohstoffeinfuhr auf der Basis der Devisenbeschaffung durch die Warenausfuhr. Je mehr wir uns auf diese Weise ausländische Währung verschaffen, umso mehr können wir in die Lage, von den Waren, die wir aus den Rohstoffen machten, immer größere Posten abzugeben für den inneren Verbrauch. Das jetzt erlassene Ausfuhrverbot für Textilwaren habe den Zweck, diese Waren für den inländischen Bedarf zurück zu behalten. Dieser Zweck sei sehr loblich, es sei nur schade, daß die Verordnung zehn Monate zu spät komme.

Die Eisenbahnerbewegung.

Bochum, 6. Jan. Nachdem ein Teil der Eisenbahnerbetriebe auf dem Rangierbahnhof in Dortmund in Streik getreten ist, beschloßen die Arbeiter des Hochbahnhofes Langendreer, heute abend auch in den Streik zu treten.

Köln a. Rh., 7. Jan. 3 von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Sig. Eberfeld einberufene große Versammlungen in Köln, Aachen und Düren nahmen zu den schwebenden Gehalts- und Teuerungsfragen Stellung. In einer Entschließung wird anstatt der Gewährung einer gleichmäßigen Zulage von 150% aus sozialen Rücksichten folgende Abfindung gefordert: 177% Teuerungszuschlag für die unteren Einkommen, 150% für die mittleren und 100% für die hohen Einkommen. Außerdem wird die sofortige Inangriffnahme der neuen Lohn- und Gehaltsreform gefordert.

Berlin, 7. Jan. Heute Nachmittag fand eine gründliche Aussprache zwischen Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes u. der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner einerseits und Mitgliedern der Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung u. der Staatsregierung andererseits über den gesamten Komplex der Lohnfragen der Eisenbahner statt. Naturgemäß konnte es sich nur um eine orientierende und unverbindliche Unterredung handeln. Das Staatsministerium selbst wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der vom Deutschen Eisenbahnerverband in der gleichen Angelegenheit eingereichten Eingabe befassen.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Zwischen sämtlichen Frankfurter Eisenbahnerorganisationen ist in Anbetracht der gemeinsamen Interessen Frieden geschlossen worden. Die Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung, indem sie die Bewegung als Epochenkampf aller Eisenbahner bezeichnen, die seit Dezember 1918 keinerlei Lohnverbesserungen erhalten hätten. Alle Parteien werden um Unterstützung der Eisenbahnerforderungen ersucht.

Churchill für Unterstützung der deutschen Regierung.

Amsterdam, 7. Jan. Den englischen Wählern zufolge erklärte Churchill in seiner großen in Sunderland gehaltenen Rede außerdem noch, ein Verband zwischen dem russischen Bolschewismus und dem türkischen Rohanmedschism sei für keinen Staat der Welt gefährlicher, als für den größten aller mohammedanischen Staaten, das britische Reich. Die deutsche Regierung sei ungewiss, ob eine demokratische. Sie stehe bei der Wiederherstellung der Ordnung, bei der Beschaffung von Arbeit und Lebensmitteln für das arbeitende Volk und bei der Wiederinbetriebsetzung der Hauptindustrien fast übermenschlichen Aufgaben gegenüber. Sie werde von zwei verschiedenen Feinden bedroht, die zugleich auch Englands Feinde seien, auf der einen Seite von der militärischen Gegenrevolution, auf der anderen Seite von den Bolschewisten. Wenn Deutschland von einer bolschewistischen Revolution heimgesucht würde, bestünde keine Aussicht, auch nur einen Pfennig von der Entschädigungssumme zu erhalten. Es sei daher nur im eigenen Interesse, der jetzigen deutschen Regierung zu helfen, die Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehe, zu überwinden und ihrem Land wieder auf die Beine zu helfen.

Der goldene Mittelweg.

Bern, 7. Jan. Wie der Pariser Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung meldet, werden sich in der Scapa Flow-Angelegenheit die gegnerischen Parteien auf eine mindere Ziffer von 270.000 Tonnen des zu liegenden Hafensmaterials einigen, nachdem von seiten der Alliierten 300.000 Tonnen und von seiten Deutschlands 242.000 Tonnen vorgeschlagen worden waren. Bislang habe die deutsche Delegation ihren Einspruch nur mit den Vertretern der Statistik, nicht aber mit wirtschaftlicher Unmöglichkeit begründet.



